

Antrag 95/II/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 95.1/II/2019 (Kein Konsens)****Kita-Qualität verbessern, Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv gestalten und Ausbildungssystem modernisieren**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder des Senats und die Mit-
2 glieder der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses auf,
3 den folgenden Punktekatalog zur Verbesserung der Kita-
4 Infrastruktur in Berlin zu prüfen und umzusetzen.

5

6 **1. Heute schon an die Zukunft denken – Qualitätsausbau**
7 **in Kitas weiter vorantreiben**

8 Berlin verbessert auf Initiative der SPD kontinuierlich den
9 Betreuungsschlüssel. Dieser Weg ist richtig, da er die Qua-
10 lität der Bildungsangebote für die Kinder in den Kitas er-
11 höht und die Belastung für die Erzieher*innen senkt. Auch
12 wenn der Fachkräftemangel derzeit akut ist, kann nur eine
13 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich
14 zu einer langfristigen Behebung des Mangels und damit
15 auch zu einer Steigerung der Qualität beitragen. Deshalb
16 fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-
17 liner Senats und des Abgeordnetenhauses auf, sich für die
18 Umsetzung der Beschlusslage der Berliner SPD einzuset-
19 zen und den Betreuungsschlüssel bis 2023 schrittweise
20 auf 1:3 in der Krippe und in der Kita auf maximal 1:7,5 zu
21 verbessern.

22

23 **2. Bildungspotenziale nicht am Schreibtisch zurücklassen**

24 Bürokratie und Verwaltungsaufgaben in Kitas nehmen
25 immer weiter zu. Die sozialdemokratischen Mitglieder
26 des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses werden
27 aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass allen Kitas mit
28 einer zu definierenden Mindestgröße Verwaltungsmit-
29 arbeiter*innen per Kostenblatt-Finanzierung zur Verfü-
30 gung gestellt werden. Diese Verwaltungsmitarbeiter*in-
31 nen sollen zusätzlich zur pädagogisch ausgebildeten Lei-
32 tung eingestellt werden und die Leitung bei Aufgaben wie
33 bspw. Aufnahme von Krankheitsmeldungen, Wartelisten-
34 Management, Aktualisieren von Homepages und allge-
35 meinen Schrift- und Telefonverkehr entlasten. Diese Per-
36 sonen sind dem Betreuungsschlüssel nicht anzurechnen.
37 Die Mindestgröße der Kita ist an der Anzahl der Kinder zu
38 bemessen und in Rücksprache mit Trägern und Verbänden
39 zu definieren. Im Fall, dass mehrere kleine Einrichtungen
40 nicht über die erforderliche Mindestgröße kommen, kann
41 eine Verwaltungsperson auch für mehrere Kitas zuständig
42 sein und abwechselnd Tätigkeiten vor Ort an unterschied-
43 lichen Standorten absolvieren.

44

45 **3. Finanzierung von öffentlichen und freien Trägern für**
46 **gute Qualität sichern**

47 Wir fordern den Senat sowie das Abgeordnetenhaus von

48 Berlin auf, sich dafür einsetzen, dass Erzieher*innen, die
49 bei freien Trägern angestellt sind, am Tarif des öffentli-
50 chen Dienstes orientiert vergütet werden.

51

52 **4. Gerechte Mieten für Kitas**

53 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
54 und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich
55 für einen Kooperationsvertrag zwischen städtischen Woh-
56 nungsbaugesellschaften und freien Trägern von Kitas ein-
57 zusetzen. Da Kitaträger einen Durchschnittspreis pro ver-
58 gebenen Kitaplatz per Kostenblatt erhalten, sollten diese
59 angesetzten Durchschnittsmieten auch den Kitaträgern
60 angeboten werden. Hohe Mieten gehen sonst meist di-
61 rekt in eine schlechtere Bezahlung des Personals über. Hier
62 sind gerade die landeseigenen Wohnungsunternehmen
63 mit in die Verantwortung zu nehmen. Ob Ausgleichszah-
64 lungen für die Wohnungsunternehmen durch das Land
65 Berlin finanziert werden soll, gilt es zu prüfen. Mit den lan-
66 deseigenen Wohnungsunternehmen sollte ein Kooperati-
67 onsvertrag verhandelt und geschlossen werden, so dass
68 alle öffentlichen Träger für geringe Mieten Kitas eröffnen
69 können. Somit wird mit dem öffentlichen Wohnungsbau
70 auch der kommunale Kita-Bau gefördert und Berlin be-
71 kommt einen stärkeren Einfluss in die kommunale Kita-
72 gestaltung und Bezahlung des Personals. Dies würde eine
73 weitere Verbesserung in der Re-Kommunalisierung gesell-
74 schaftlich bedeutsamer Aufgaben für Berlin bedeuten.

75

76

77 **Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv ge- 78 stallten**

79

80 **5. Stärkere Strukturierung des Arbeitsfelds und tätigkeits- 81 bezogene Aufstiegschancen in Kitas schaffen**

82 In einer stärkeren Strukturierung des Arbeitsfeldes
83 mit unterschiedlichen Stellenprofilen für verschiedene
84 Qualifikations- und Erfahrungsstufen und die Etablierung
85 von horizontalen wie vertikalen Karrieremöglichkeiten
86 läge die Chance, die Tätigkeit in der Frühen Bildung für
87 breitere Zielgruppen attraktiv zu machen. Beispielhaft
88 seien die Tätigkeiten als Logopäden, Heilerziehern und
89 fachspezifische Qualifizierungen, wie MINT etc. genannt,
90 die sowohl für die berufsbegleitende Ausbildung als
91 auch in der klassischen Fachschulausbildung wesentliche
92 Teile der Qualifizierung in der Kita begleiten. Wir fordern
93 die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und des
94 Abgeordnetenhauses auf, weitere tätigkeitsbezogene
95 Aufstiegsmöglichkeiten zu identifizieren und diese durch
96 entsprechende Zulagen zu vergüten. Dies würde auch
97 dazu beitragen, dass Fachkräfte, die ihr Studium an
98 Hochschulen und Universitäten in Studiengängen mit
99 einem Bachelor oder Master abgeschlossen haben und
100 bisher nicht in der Kita ankommen, Anreize haben, sich

101 für solche Tätigkeiten zu bewerben und langfristig an
102 das Arbeitsfeld der Frühen Bildung gebunden werden.
103 Ausbildungssystem modernisieren

104

105 **6. Die Ausbildung als Chance verstehen – Anreize zum**
106 **Ausbilden auch für Kitas schaffen**

107 Immer mehr Menschen stellen sich den besonderen Her-
108 ausforderungen einer berufsbegleitenden Ausbildung.
109 Für die Kita bedeutet diese Form der Ausbildung, dass an
110 zwei Tagen in der Woche Personal fehlt. Je mehr berufsbegleitende Auszubildende an einer Kita sind, desto größer sind die daraus resultierenden Engpässe. Zudem benötigen Auszubildende noch Hilfen, Hospitationen und individuelle Gespräche durch Praxisanleiter*innen. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass berufsbegleitende Auszubildende sofort nur zu 80 Prozent auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Mittelfristig sollten die Arbeitszeiten der berufsbegleitenden Auszubildenden nicht mehr auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Dies erhöht die Qualität der Ausbildung, reduziert die Belastung für das Personal und schafft gleichzeitig Anreize dafür, dass Kitas ausbilden. Einrichtungen bekommen somit mehr Personal und sichern sich gut ausgebildeten Nachwuchs. Um junge Menschen stärker für den Erzieher*innen-Beruf zu motivieren, sollen die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses sich für eine Ausbildungsvergütung einsetzen, die an die mittlerweile hohen Lebenshaltungskosten in Berlin angepasst ist.